

Über den Tag hinaus: Deutschland-Trends

Ein Kolloquium der Reihe
Geist&Zeit

Impulspapier

Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)
in Zusammenarbeit mit
Philip Morris GmbH Deutschland

Vertrauensverlust und Blockade, Unbeweglichkeit und Tagesfixierung – das Vokabular, mit dem die Lage der Nation derzeit beschrieben wird, macht Ausmaß und Qualität der schon lange nicht mehr rein ökonomischen Krise in Deutschland deutlich. Mit der politisch-kulturellen Verfassung der Deutschen steht es nicht zum Besten, die Gesellschaft übt sich in aggregiertem Verdruss.

Die Ursachen für das allgemeine Stimmungstief sind bekannt. Über 80 Prozent der Deutschen bemängeln das schleichende Reformtempo. Denn die angehäuften Problemberge drängen in den Alltag der Menschen und rufen dort aus einer tief verankerten Mentalität der Besitzstandswahrung heraus Verunsicherung hervor. Ein virulentes Bedürfnis nach sozialer, aber auch innerer und äußerer Sicherheit ist deutlich zu spüren.

Veränderungswünsche an den richtigen Stellen zu artikulieren und entsprechenden Druck zu kanalisieren vermögen allenfalls organisierte Partikularinteressen. In der Republik der Lobbies wird die Ökonomisierung der Politik immer deutlicher. Die Planung und Einrichtung von Institutionen zur Entbürokratisierung soll in erster Linie Unternehmen zu einem effizienteren und transparenteren Umgang mit staatlichen Regelungen verhelfen. Aber nicht nur die Wirtschaft bedient sich des Staates und seiner Institutionen, auch das staatliche Outsourcing greift um sich. Immer mehr Aufträge im logistischen wie im Personalbereich werden an Private vergeben, externes Know-how ist gefragter als die Nutzung eigener Steuerungs- und Gestaltungsressourcen.

Die Deutschen sind sich der Problemlagen durchaus bewusst und beweisen einen erstaunlichen Realitätssinn in bezug auf die Entwicklungen der Zukunft:

In einer neueren ipos-Umfrage stimmt immerhin die Hälfte der Befragten der Forderung zu, notwendige gesellschaftliche Reformen auch gegen Stimmungen in der Bevölkerung durchzusetzen.

Die überwiegende Mehrheit beklagte eine mangelnde Bereitschaft der Deutschen zu Reformen und Innovationen: 79 Prozent im Westen und 73 Prozent im Osten meinen, dass die Deutschen zu zögerlich seien, wenn es darum geht, neue Wege zu beschreiten.

Damit sprechen sich die Bürger aber auch eine Mitverantwortung zu für die Zustände, über die sie sich so lautstark empören. Schuld an der Lage der Nation tragen nicht allein einzelne gesellschaftliche Gruppen und Akteure.

An Stelle einer ambulanten Symptombehandlung ist dringender als je zuvor die Suche nach Lösungen für die strukturellen Probleme Deutschlands gefragt. Der vergangene Bundestagswahlkampf konnte nicht den Eindruck vermitteln, dass diesem Bewusstsein in der politischen Agenda Priorität eingeräumt wird. Im perfekt inszenierten medialen Schlagabtausch dominierten situative Zuspitzungen; unbequeme Wahrheiten und zukunftsfähige Handlungsalternativen hingegen rückten in den Hintergrund.

Nach der Bundestagswahl ist der Blick frei auf die Perspektiven über den Tag hinaus. Die grundlegenden Probleme haben sich durch den Ausgang der Wahl nicht verändert. Die wichtigsten Ziele sind klar:

- Reform der sozialen Sicherungssysteme
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Wiederbelebung der Konjunktur
- Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit
- Neuausrichtung des Bildungssystems
- Regelung der Zuwanderung
- Bekämpfung von Terror und Gewalt

Angesichts der Qualität der Herausforderungen scheint eine tagespolitisch fixierte Debatte verfehlt; die Zukunft der Republik muss über den Tag hinaus diskutiert werden. Damit zukunftsweisende Entscheidungen von nachhaltigem Erfolg gekrönt werden, führt kein Weg daran vorbei, einerseits die Problematik der Ausgangslage klar und schonungslos zu analysieren, andererseits aber auch vorherrschende und bereits jetzt antizipierbare Entwicklungen bei der Entscheidungsfindung und –umsetzung zu berücksichtigen. Trendorientierung heißt die Antwort auf der Suche nach den Wegmarken der gesellschaftlichen Zukunft.

Krise der Repräsentation und Zukunft der Parteien

Die politischen Parteien agieren heute in einem veränderten Umfeld. Parteienverdrossenheit auf der einen und der Markteintritt neuer Politikanbieter auf der anderen Seite prägen das Umfeld, in dem Parteien sich um die Wählergunst bemühen. Die für das zeitgenössische Deutschland typische Ausprägung der Demokratie verlagert Entscheidungsverfahren in Form von Koalitionsvereinbarungen und Koalitionsrunden zumeist auf die Ebene der politischen Parteispitzen. Die vielfältigen informellen Strukturen und Verfahren der Koordinationsdemokratie sind nur wenig transparent und entmündigen die Parlamente. Durch die Mediatisierung der Politik und die verstärkte Konzentration auf das Spitzenpersonal **hat sich die Substanz von Politik verändert**. Die politische Spitze verselbständigt sich zunehmend und koppelt sich von Parteibasis und Gesellschaft ab. Innerhalb der Parteien hat dies vor allem Mitgliederschwund und damit eine zunehmende Überalterung zur Konsequenz. Außerhalb der Parteien zeigt sich das verlorene Vertrauen der Bürger in die Parteien in einer sinkenden Wahlbeteiligung und im Verlust von Parteibindung. Die Politbarometer-Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen machen deutlich, dass der Anteil der parteipolitisch Ungebundenen seit Jahrzehnten zunimmt. Hatte er 1977 in den alten Bundesländern noch bei etwa einem Fünftel gelegen, so ist er bis heute auf weit über ein Drittel angestiegen. Dauerhafte Parteibindung als tragende Säule eines stabilen Parteiensystems wird in Deutschland zunehmend zu einem Mythos.

Wie kann vor diesem Hintergrund die Zukunft der Parteien aussehen?

- Entweder werden wir das Ende der Parteien erleben: Parteien werden in Zukunft von Wahlplattformen abgelöst, die Artikulation öffentlicher und partikularer Interessen wird von Lobbies und mehr oder weniger institutionalisierten sozialen Bewegungen wahrgenommen.

- Oder wir beobachten den Wandel der Parteien zu professionalisierten Kampagnen- und Wählerparteien; es existieren nur noch professionalisierte Rahmenparteien mit viel Raum für autonome und dezentrale Initiativen wie z.B. lokale Projektgruppen.
- Wenn die Parteien jedoch ihre Chancen ergreifen, das vorhandene Partizipationspotenzial der Bürger einzubinden und soziale Bewegungen als Schöpfquelle zu nutzen, können sie - die dritte Variante – eine Revitalisierung der Mitgliederparteien erreichen. Die Voraussetzungen dafür sind die Schaffung neuer Anreizstrukturen wie den Ausbau der Mitwirkungsrechte der Mitglieder; ein neues Selbstverständnis der Partei als Serviceagentur, und die Neudefinition der Parteimitgliedschaft als politische Projektmitgliedschaft. Bei dieser Variante ist aufgrund einer steigenden Anzahl von Ein-Themen-Parteien sowie einer stärkeren regionalen Differenzierung ein Bedeutungszuwachs kleinerer Parteien zu erwarten.

Wandel der Partizipation und Aufkommen neuer Politikanbieter

Bürgerengagement hat für die Deutschen einen hohen Stellenwert. Der jüngste Freiwilligensurvey belegt, dass gegenwärtig gut ein Drittel der Bundesbürger in den verschiedensten gesellschaftlichen Feldern im sozialen, kulturellen und politischen Bereich in irgendeiner Form ehrenamtlich, d.h. unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung, aktiv tätig sind. Vereine, Selbsthilfegruppen und Freiwilligenagenturen verzeichnen quantitativ bedeutsame Zuwächse. Dies hängt damit zusammen, dass 80 Prozent der Deutschen der Überzeugung sind, dass man in der Politik nur dann etwas erreichen kann, wenn man die Dinge selbst in die Hand nimmt. Auch wenn der Anteil seit 1994 geringfügig zurückgegangen ist, so wollen noch immer fast zwei Drittel der Deutschen lieber in einer Gesellschaft leben, in der die Bürger direkt an wichtigen politischen Entscheidungen beteiligt werden und nicht nur die gewählten Politiker dafür verantwortlich sind.

Gleichzeitig nehmen die Bürger die Orientierungsschwäche der Parteien wahr. Sie wenden sich deshalb verstärkt vom Frustrationsquell Parteipolitik ab. Auch die eigene Bereitschaft, politische Ämter zu übernehmen, ist entsprechend gering. Ein politisches Amt würden nur 29 Prozent übernehmen, während 68 Prozent dies für sich ablehnen. Lediglich 3 Prozent der Deutschen üben zur Zeit ein politisches Amt aus.

Die Alternative ist der Wechsel zu neuen sinnstiftenden Politikanbietern, die die von den Parteien nicht mehr bedienten Lücken füllen. Diese sogenannten „Defizit-Bewegungen“, die keine reinen Protestbewegungen mehr sind, greifen in der Krise des mitgliedschaftsgestützten Engagements das Partizipationspotenzial der Bürger auf und formieren sich als hoch professionelle Institutionen zur Artikulation und Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse.

Der Trend zu einer zunehmenden Akzeptanz unkonventioneller Partizipation ist nicht unproblematisch: Die tatsächliche Beteiligung bleibt den ressourcenstarken Bevölkerungsteilen vorbehalten, die **Partizipation wird zunehmend von Eliten dominiert**. Weil der Aktionsrahmen politischen Engagements immer wichtiger wird, entwickelt es sich zu einer ereignis- und mobilisierungsabhängigen Größe. Beim Kampf um die Mobilisierungsressource öffentliche Aufmerksamkeit verschärft sich im Medienzeitalter die Konkurrenzposition neuer Partizipationsformen gegenüber den Parteien.

Rückbesinnung auf Werte und Traditionen

Als wichtige Antriebsquelle des gestiegenen bürgerschaftlichen Engagements lässt sich der Wertewandel identifizieren. Er hat eine Tendenz zu mehr Eigeninitiative und Selbstsorge freigesetzt, die die traditionellen Tugenden des Dienstes für die Gemeinschaft aber keineswegs verdrängt haben. Vielmehr scheinen sich beide Wertmuster gegenseitig zugunsten des bürgerschaftlichen Engagements zu ergänzen und zu stützen.

Dieses Trendparadox findet sich ebenfalls in der Renaissance traditioneller Werte durch die Technologisierung der Gesellschaft. Besonders in den Bereichen der Bio-, Gen und Nanotechnologie lässt sie verstärkt normative Fragen aufkommen. Die immer neu postulierten "X-Gesellschaften" (Wissensgesellschaft, Erlebnisgesellschaft, Spaßgesellschaft usw.) haben als Erklärungsmuster und Orientierungspunkte in einer unübersichtlich gewordenen Gesellschaft an Bedeutung verloren und vermögen hier keine befriedigenden Antworten zu geben.

Deshalb erfolgt in einer Gegenreaktion zur Hochtechnologiegesellschaft eine Rückbesinnung auf Werte sowie regionale und nationale Traditionen. Die Generationskluft in Wertefragen geht zurück. Dies bedeutet nicht, dass der ganze Wertewandel umgekehrt wird. Der Zeitgeist der kommenden Jahrzehnte knüpft an zwischenzeitlich vernachlässigte Traditionen an, er bedeutet aber keine Rückkehr in vergangene Jahrzehnte. Untersuchungen des Instituts für Demoskopie Allensbach haben festgestellt, dass manche Trends des Wertewandels sich bisher ungebrochen fortsetzen, beispielsweise der Trend, mehr und mehr Gewicht darauf zu legen, dass die Kinder zur Durchsetzungsfähigkeit, zum Wissensdurst und zum technischen Verständnis erzogen werden. Die Arbeitswelt der Zukunft fordert dies ebenso wie die Kernkompetenzen Teamwork und Selbstmanagement, die auf sozialen Fähigkeiten und Werten basieren.

Steigende Relevanz der Bildung und Wandel der Arbeitswelt

Bildung wird als Erfolgsfaktor und Ressource der Zukunft gesehen: Wissen bedeutet Teilhabe, Nicht-Wissen bedeutet Ohnmacht. Eine Offensive in der Bildungspolitik ist als Investition in die Zukunft entscheidend, um auf dem globalen Wissens- und Arbeitsmarkt bestehen zu können. Umso gravierender ist zu bewerten, dass die Deutschen einer aktuellen ipos-Umfrage zufolge massive Zweifel an der Qualität der Bildung hierzulande haben. Die Hälfte der Befragten meint, dass die Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems in den

letzten Jahren abgenommen hat – ein deutliches Signal für die Verantwortlichen, die Bildungsprobleme an der Wurzel zu packen. Dabei darf keinesfalls übersehen werden, dass Bildung oft schon bestehende Ungleichheiten in der Gesellschaft verstärkt: Zwar kommen immer mehr Menschen in den Genuss von Bildung, doch zugleich werden neue Gräben aufgerissen. Das soziale Umfeld, die steigende Kriminalität und die fehlende Infrastruktur führen dazu, dass diejenigen, die nur begrenzt Zugang zu Bildung haben, heute radikaler ausgegrenzt werden als früher. Die Bemühungen in der Bildungspolitik erreichen das untere Ende der Gesellschaft nicht. Die PISA-Studie hat nicht nur ein mittelmäßiges Abschneiden der deutschen Schulen im internationalen Vergleich zutage gefördert. Sie hat auch gezeigt, dass gerade Kinder aus sozial schwächeren Familien und Immigrantenkinder in ihren Ausbildungschancen benachteiligt werden. Bildung allein reicht also nicht aus, um soziale Exklusion zu verhindern.

Damit Bildung kein Luxus wird, muss Bildungspolitik flankiert werden von verstärkten Integrationsangeboten und der Bereitstellung notwendiger Infrastruktur.

Der lineare Zusammenhang zwischen Bildung und Arbeit ist seit langem bekannt: Je höher die Qualität der (Aus-)Bildung, desto höher die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, einem Bereich, der für die Deutschen derzeit den wichtigsten Problembereich überhaupt darstellt. Die Arbeitslosigkeit trifft zwar im Zuge der Konjunkturdelle auch die gut ausgebildeten Hochschulabsolventen. Dennoch werden auf dem Arbeitsmarkt in Zukunft die hoch Qualifizierten profitieren.

Die neue Arbeitswelt verlangt dem einzelnen viel ab: Ständige Weiterbildung, die Aussicht auf mehrere Berufswechsel, flexiblere Arbeitszeiten und höhere Mobilität. Neue Beschäftigungsformen entstehen:

- Durch arbeitsrechtliche Neuregelungen wird es zu einer Individualisierung der Arbeit kommen: Statt Dauerstellung gibt es "lebenslanglich Probezeit". Schon heute arbeitet fast ein Drittel

der Arbeitnehmer nicht mehr in der klassischen Vollbeschäftigung.

- In wenigen Jahren wird jeder zweite eine “fragile Arbeit” (Beck) haben und ohne Mitbestimmung und Kündigungsschutz auskommen müssen.
- Um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, werden sehr viel mehr Menschen geringer bezahlte Dienstleistungsberufe ausüben.

In Zukunft wird jeder mehr und länger lernen und mehr leisten müssen; Regelarbeitszeit, Regelbeförderung und Regelwochenenden gehören der Vergangenheit an; die Anforderungen an die Arbeitswilligen werden steigen: die Globalisierung macht die Arbeit zur weltweiten Ware – die Digitalisierung sorgt dafür, dass diese Ware schneller verderblich wird.

Alterung der Gesellschaft, Zuwanderung und Entstehung neuer Lebenswelten

Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist schon seit mehreren Jahrzehnten von eindeutigen Tendenzen gekennzeichnet:

- Die Geburtenraten sind gesunken und bewegen sich auf einem niedrigen Niveau.
- Die einheimische Bevölkerung nimmt ab und wird immer älter, weil mit jeder Generation weniger Kinder geboren werden. Der quantitative Rückgang der Bevölkerung kann nach herrschender Expertenmeinung auch durch verstärkte Zuwanderung nicht kompensiert werden.
- Zwischen Ost und West bestehen dabei große Disparitäten in der Bevölkerungsdynamik: Während nur wenige Regionen im Westen mit einer Bevölkerungsabnahme zu rechnen haben, dürften nur wenige Regionen im Osten ihre Bevölkerung halten oder vergrößern.

Die Alterung und der sich künftig verstärkende Rückgang der Bevölkerung erfasst alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Bereiche und stellt diese vor erhebliche Herausforderungen.

44 Prozent der Bevölkerung glauben aktuellen Umfragen zufolge, dass sich der derzeitige Umfang der Sozialleistungen nicht aufrecht erhalten lässt. Hier liegt erhebliches Konfliktpotenzial: Zwei Drittel der Deutschen nehmen an, dass es aufgrund der Überalterung der Gesellschaft – und der damit verbundenen Finanzierungsprobleme in der Renten- und der Krankenversicherung – künftig zu größeren Konflikten zwischen Jung und Alt kommen wird.

Da die demografische Entwicklung nicht kurzfristig umkehrbar ist, muss das Gestaltungspotenzial in den nachhaltig davon betroffenen Bereichen umfassend genutzt werden. Das gilt insbesondere für Arbeitsmarkt und Rentensysteme, Zuwanderungspolitik sowie Familien- und Frauenförderung. Trotz der wahrgenommenen Probleme bei den gesetzlichen Sozialversicherungssystemen hat die Umfrage aber auch eine mehrheitliche Ablehnung bei den Deutschen festgestellt, die Überalterung der Gesellschaft durch vermehrte Zuwanderung auszugleichen. Während nur ein Drittel der Bevölkerung eine solche Lösung befürwortet, wenden sich 60 Prozent der Deutschen gegen eine derart begründete Erhöhung der Zuwanderung. Möglicherweise stehen die Deutschen einer vermehrten Zuwanderung auch deshalb skeptisch gegenüber, weil sie befürchten, dass in den kommenden Jahren ohnehin viele Ausländer nach Deutschland kommen werden. 64 Prozent der Befragten halten jedenfalls das Szenario für realistisch, dass in den nächsten 10 bis 20 Jahren aufgrund von Bürgerkriegen und Kriegen in anderen Ländern größere Flüchtlingsströme auf Deutschland zukommen werden; nur knapp ein Drittel der Deutschen hat nicht diese Befürchtung.

Letztlich wird die Überalterung der Gesellschaft auch den politischen Willensbildungsprozess verändern:

- Die Innovationsbereitschaft einer überalterten Wählerschaft wird abnehmen.

- Die politische Elite muss sich Gedanken über die Rekrutierung ihres Führungsnachwuchses machen.
- Die Existenz von Politikanbietern für die junge Generation steht langfristig auf dem Spiel.

Spannungsfeld Sicherheit

Um den vielfältigen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, wirksam begegnen zu können, ist ein gewisses Maß an gesellschaftlicher Offenheit unabdingbar. Diese notwendige Offenheit steht in einem Spannungsverhältnis zur Sehnsucht nach Sicherheit, die ein Kennzeichen der politischen Kultur der Deutschen bleibt. Sicherheit hat für die Deutschen oberste Priorität. In immer größerem Ausmaße gilt dies heute für die Sicherheit als Arbeitnehmer, Anleger und Konsument. Die im Zusammenhang mit der greifbaren Präsenz internationalen Terrors stehenden neuen Bedrohungen verstärken aber gleichzeitig auch den Wunsch nach innerer und äußerer Sicherheit. Das zeigt sich in der Prioritätensetzung der Bürger hinsichtlich der wichtigsten Aufgabenbereiche für die kommenden Jahre: Neben Arbeitslosigkeit und Rentenreform rangiert die Terrorismusbekämpfung ganz oben auf der Liste.

Wir sehen uns heute mit einem erweiterten Begriff von Sicherheit konfrontiert, der soziale, ökonomische, politische und normative Bedingungsfaktoren beinhaltet. Die Problembearbeitung birgt dabei die Gefahr von Überregulierungen und Eingriffen in wirtschaftliche Abläufe oder Bürgerrechte sowie die Abschottung gegenüber äußeren Einflüssen, die durchaus auch positiver Natur sein können. Erforderlich sind Maßnahmen, die Sicherheit garantieren, ohne dabei individuelle Freiheit und Eigenverantwortung zu beschneiden sowie die Offenheit der Gesellschaft zu gefährden. Diesen Spagat gilt es in den Bereichen Bildung, Arbeit, Sozialfürsorge und Altersvorsorge sowie Zuwanderung und Integration zu meistern, aber auch mehr denn je im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit.

Neues Selbstbewusstsein in der Außenpolitik

Deutschland übernimmt Verantwortung in der Weltpolitik. Damit einher geht ein gestiegenes Selbstbewusstsein deutscher Außenpolitik, das sich auch in der Meinung der Bürger spiegelt:

- 56 Prozent der Deutschen halten das erreichte Maß der Beteiligung Deutschlands an der Lösung internationaler Konflikte für angemessen. Weitere 27 Prozent meinen sogar, Deutschland solle sich in Zukunft noch stärker an der Lösung von Konflikten in der Welt beteiligen. Nur 14 Prozent sind hingegen der Auffassung, Deutschland solle sich zukünftig in geringerem Maße an der Lösung internationaler Konflikte beteiligen.
- Die Bürgermeinung teilen auch führende Politiker und Unternehmer: Knapp 90 Prozent der deutschen Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft gehen davon aus, dass die deutsche Beteiligung an militärischen UN-Einsätzen spätestens im Jahr 2005 selbstverständlich sein wird. Mehr als die Hälfte sehen Deutschland sogar als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat.

Vor diesem Hintergrund wird klarer, warum sich derzeit eine abnehmende Bedeutung der europäischen Integration und der Selbstbeschränkung des vereinten Deutschlands konstatieren lässt. Die Wahrnehmung deutscher Interessen verläuft immer stärker eigenständig und ohne Abstimmung in den relevanten Institutionen (EU, NATO) oder mit den wichtigsten Partnern (Frankreich, USA). Gleichzeitig werden militärische Maßnahmen wieder salonfähig. Dies alles hat zur Folge, dass Deutschland nicht mehr nur reagiert, sondern selbständiger agiert und dabei mehr auf bilaterale als auf multilaterale Beziehungen setzt.

Außenpolitische Sonderwege, die lange tabu waren und die die Gefahr einer „selbstbewussten Isolierung“ Deutschlands bergen, rücken wieder in den Bereich des Möglichen.

Neue Steuerungsinstrumente für die Politik

Die Gesellschaft in Deutschland steht vor nachhaltigen Umbrüchen. Da sich manche Entwicklungen gestaltender Eingriffe entziehen, ist eine Konzentration auf gestaltbare Entwicklungen unabdingbar. Es gibt jedoch nicht auf allen Ebenen und in jedem Bereich Fertiglösungen. Politik und Gesellschaft müssen sich dies einerseits eingestehen und sich andererseits gerade deshalb lernbereit zeigen. Dabei ist der Blick über den nationalen Tellerrand wichtig: Anregungen für eine zukunftsfähige Gesellschaftsgestaltung können von Erfahrungen anderer Staaten ausgehen.

- So berichten im „Internationalen Reformmonitor“ der Bertelsmann Stiftung Experten aus 15 OECD-Ländern über aktuelle Reformen in den Bereichen der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik.
- Auf europäischer Ebene soll das von der Europäischen Kommission erarbeitete “Trend Chart über Innovation in Europa” politische Entscheider, Manager und die Innovationsgemeinschaft im weiteren Sinne dabei unterstützen, Innovationspolitiken zu analysieren und ihre Effizienz objektiv zu bewerten. Darüber hinaus sollen Optionen und Chancen ermittelt werden, um die Verbreitung bewährter Praktiken in der Europäischen Union zu fördern.

Aber egal, ob wir vom Arbeitssystem der Dänen, vom Pensionssystem der Neuseeländer, vom Gesundheitssystem der Schweizer oder der radikalen Sozialpolitik der USA lernen: **Benchmarking-Instrumente und ein Best-Practice-Monitoring werden als Impulsgeber für die Konzeption, Steuerung und Bewertung von Politik eine wachsende Bedeutung haben.**